

19.9 VERFASSUNGSGESETZ ÜBER DIE BILDUNG VON LÄNDERN IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

– LÄNDEREINFÜHRUNGSGESETZ – vom 22. Juli 1990 – GBl. DDR I Nr. 51 S. 955 –

geändert durch

1. Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990 – GBl. DDR I Nr. 64 S. 1629 –
2. Verfassungsgesetz zur Änderung des Ländereinführungsgesetzes vom 22. Juli 1990 – GBl. DDR I Nr. 63 S. 1567 –

TERRITORIALE GLIEDERUNG

§ 1 [Bildung der Länder]

- (1) Mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 werden in der DDR folgende Länder gebildet:
 - Mecklenburg Vorpommern
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Neubrandenburg, Rostock und Schwerin,
ohne die Kreise Perleberg, Prenzlau und Templin;
 - Brandenburg
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam,
ohne die Kreise Hoyerswerda, Jessen und Weißwasser,
zuzüglich der Kreise Perleberg, Prenzlau und Templin;
 - Sachsen-Anhalt
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Halle und Magdeburg,
ohne den Kreis Artern,
zuzüglich des Kreises Jessen;
 - Sachsen
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Dresden, Karl-Marx-Stadt/Chemnitz und
Leipzig,
ohne die Kreise Altenburg und Schmölln;
zuzüglich der Kreise Hoyerswerda und Weißwasser;
 - Thüringen
durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Erfurt, Gera und Suhl,
zuzüglich der Kreise Altenburg, Artern und Schmölln.
- (2) (aufgehoben)

§ 2 [Grenzänderungen]

- (1) (aufgehoben)
- (2) Änderungen von Grenzen der Länder der DDR, die im Ergebnis von Bürgerbefragungen in Gemeinden und Städten begehrt werden und von der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurden, bedürfen eines Staatsvertrages zwischen den beteiligten Ländern.
- (3) Wollen Gemeinden oder Städte nach der Länderbildung in das Land zurückkehren, dem sie am 23. Juli 1952 angehörten, ist ihrem in Bürgerbefragungen bekundeten und durch die Volksvertretungen bestätigten Willen stattzugeben, sofern dadurch keine Ex- bzw. Enklaven entstehen.

§§ 3 – 21 (aufgehoben)

VERMÖGENSNACHFOLGE

§ 22

Übergang von Einrichtungen

Mit der Bildung von Ländern in der DDR gehen Verwaltungsorgane und sonstige der öffentlichen Verwaltung oder Rechtspflege dienenden Einrichtungen der Republik, soweit sie nach diesem Gesetz Aufgaben der Länder wahrnehmen, auf die Länder über.

ÜBERGANGS- UND SCHLUBBESTIMMUNGEN**§ 23****[Zusammentritt des Landtages]**

- (1) (aufgehoben)
- (2) ¹Der erstgewählte Landtag, dem zugleich die Aufgabe einer verfassungsgebenden Landesversammlung obliegt, tritt spätestens am 14. Tag nach der Wahl zusammen. ²Spätestens am 20. Tag nach seinem Zusammentritt hat er eine vorläufige Landesregierung zu bilden.
- (3) Nach Inkrafttreten der Landesverfassung wird die Landesregierung nach den Bestimmungen dieser Verfassung gebildet.

§ 24**(aufgehoben)****§ 25****Inkrafttreten**

- (1) Dieses Gesetz tritt am 3. Oktober 1990 in Kraft.
- (2) (aufgehoben)
- (3) (aufgehoben)

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am zweiundzwanzigsten Juli neunzehnhundertneunzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den zweiundzwanzigsten Juli neunzehnhundertneunzig

Die Präsidentin der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik
Bergmann-Pohl